

Antrag an die Gemeindevertretung Bickenbach

von der Bündnis 90 / Die Grünen - Fraktion

eingereicht am: 14.04.1999

zur Sitzung der Gemeindevertretung am: 29.04.1999

Gegenstand: **Atomreaktor Biblis Block A**

Zweck: **Resolution an die Hessische Landesregierung zur Stilllegung**

Nummer: GRÜ 54/1999.04

GVG-Nummer: 027/99

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Bickenbach appelliert an die neue Hessische Landesregierung, die Stilllegung des Atomreaktors -Block A- in Biblis unverzüglich zu verfügen.

Block A in Biblis wird seit über 25 Jahren betrieben. Nur wenige technisch aufwendige Anlagen werden über 25 Jahre im wesentlichen unverändert genutzt. Welcher KFZ-Halter fährt ein Kraftfahrzeug länger als 25 Jahre, ohne daß die technische Überwachung das Gefährt aus dem Verkehr zieht. Um wieviel gefährlicher ist der Weiterbetrieb einer so hochkomplizierten und dementsprechend anfälligen Anlage. Jede Diskussion über Restlaufzeiten erscheint in diesem Zusammenhang rein ökonomisch motiviert, Sicherheitsbedürfnisse der Menschen spielen bestenfalls nachgeordnet eine Rolle. Angesichts der möglichen Folgen eines technischen oder menschlichen Versagens im Atomkraftwerk scheint dies unverhältnismäßig.

Die kürzlich veröffentlichte Bereitschaft von Ministerpräsident Koch zur Nachrüstung von Biblis A erfüllt uns mit großer Sorge. Block A in Biblis ist einer der ältesten noch in Betrieb befindlichen Reaktoren in Deutschland. Spätestens seit der Erfahrung mit der Katastrophe in Tschernobyl wissen wir, daß Hypothesen schnell Wirklichkeit werden können. Der GAU (größter anzunehmender Unfall), welcher sich nach Ansicht der Kernkraftwerksbetreiber höchstens alle zehntausend Jahre ereignen könne, wurde schon nach vierzig Jahren kommerziellem Betrieb Wirklichkeit.

Gesundheit, Sicherheitsgefühl und Lebensperspektive der Bevölkerung speziell im unmittelbaren Einzugsbereich des Atomkraftwerks in Biblis muß Vorrang vor Investitions- und Arbeitsplatzargumenten bekommen. Nach der Katastrophe von Tschernobyl wurde die Region im Umkreis von 50 km für unbegrenzte Zeit als unbewohnbar erklärt. Bickenbach liegt nur 10 km Luftlinie von Biblis entfernt....

Begründung:

(ergibt sich aus dem Text der Resolution)

Erläuterungen: FDP beteiligte sich nicht an der Abstimmung

Votum: ja (12:7:0)		beschlossen am: 18.05.1999	
Grüne: ja	SPD: ja	CDU: nein	FDP:

Antrag an die Gemeindevertretung Bickenbach

von der Bündnis 90 / Die Grünen - Fraktion

eingereicht am: 30.05.2000

zur Sitzung der Gemeindevertretung am: 15.06.2000

Gegenstand: **AKW Biblis**

Zweck: **Resolution gegen den Bau eines Zwischenlagers**

Nummer: GRÜ 79/2000.06

GVG-Nummer: 028/00

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Bickenbach richtet folgende Resolution an die Betreiberin des AKW Biblis, die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung:

"Die Entsorgung von abgebrannten Brennelementen des Atomkraftwerks Biblis -wie an allen anderen 12 Standorten von Atomkraftwerken in Deutschland- ist nach wie vor ungeklärt. Abgebrannte Brennelemente werden in übervollen Abklingbecken und Castorbehältern auf den Kraftwerksgeländen in fragwürdiger Weise gelagert. Die für Herbst geplanten Castor-Transporte ihrerseits haben als Ziel die Zwischenlager in Ahaus und Gorleben. Die jetzt öffentlich gemachte Planung zum Bau eines Zwischenlagers auf dem Kraftwerksgelände in Biblis, welches nicht annähernd den Standard der umstrittenen Zwischenlager in Ahaus und Gorleben erreichen kann, setzt die Bevölkerung in der Umgebung einer weiteren unzumutbaren Gefährdung aus. Nach etwa 35 Jahren kommerzieller Nutzung von Kernenergie ist die Entsorgungsfrage weiterhin ungelöst. Der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken stellt eine unwägbare Hypothek für die Zukunft der Menschheit dar.

Die Gemeindevertretung Bickenbach appelliert daher an die Betreiberin des Atomkraftwerks Biblis, den Betrieb der Anlage einzustellen und keine weitere Gefährdung der Bevölkerung aus rein ökonomischen Erwägungen in Kauf zu nehmen. An die zuständigen Genehmigungsbehörden in Land und Bund appelliert die Gemeindevertretung Bickenbach, nicht weitere fragwürdige Ersatzlösungen in der Entsorgungsfrage zuzulassen, welche die Sicherheit und gesundheitliche Unversehrtheit der Bevölkerung als nachrangiges Gut behandeln."

Begründung:

(ergibt sich aus dem Resolutionstext)

Votum: nein (10:10:0)	beschlossen am: 17.08.2000		
Grüne: ja (3:0:0)	SPD: ja (7:0:0)	CDU: nein (0:9:0)	FDP: nein